Gilvler Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen
 Zugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone

Nummer 56

Donnerstag den 14. Juli 1921

3. [46.] Jahrgang

Konsolidierung.

III.

Durch die Verschmelzung der drei jugoslawischen Sprachstämme zu einer einheitlichen Nation wird sich im Laufe eines Menschenalters die Stellung des Staates gegenüber der deutschen Sprache und Kultur sowie gegenüber dem deutschen Volke innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen wesentlich verändern.

Infolge der nationalen Kämpfe, in welche das Deutschtum im alten Oesterreich ob seiner weitläufigen Siedelung mit fast allen Nachbarvölkern verwickelt war, ist von den Nationalstaaten die Erinnerung an diese Zeiten als Erbschaft in die neue Ära übernommen worden. Daß solche Erinnerungen dem deutschen Volksteil, der nunmehr seinen ehemaligen Gegnern als Minderheit gegenübersteht, in der gegenwärtigen Zeitfolge nicht zum Vorteile gereichen können, liegt klar zutage. Eine andere Frage ist es natürlich, ob die nach dem Zusammenbruche der Mittelmächte zu Staatsnationen aufgestiegenen Völkerschaften politisch klug handeln, wenn sie den nationalen Stachel, gegen den sie sich früher wehren zu müssen vermeinten, jetzt gegen jene wenden, die sich in einer viel schwierigeren Lage befinden, als es jemals umgekehrt der Fall hätte sein können.

Wenn man aber die Dinge nimmt, wie sie liegen, und nicht, wie sie sein sollten, so kann es jedenfalls weder allzu kühn noch allzu töricht erscheinen zu behaupten, daß das kommende Geschlecht auf beiden Seiten einander kühler, vorurteilsloser oder, wenn man will, gerechter gegenübersteht werden. Aber nicht nur die zeitliche, sondern auch die räumliche Entfernung kann bis zu einem gewissen Grade die aus der Vergangenheit überkommene Kampfesstimmung haben und drüben dämpfen und die zwischen Nachbarvölkern notwendigen Wechselbeziehungen in nüchternere Bahnen lenken. Es ist von slowenischen Blättern selber schon die Meinung geäußert worden, daß ein durch Deutschösterreich vergrößertes Deutschland in seiner Außenpolitik gegenüber Südslawien nicht durch das Bleigewicht einer reibungsvollen Vergangenheit behindert wäre, und das in Wien erscheinende Organ der Kärntner Slowenen, der Korostl Slovenec, hat — allerdings unter lebhaftem Widerspruche der demokratischen Zeitungen in Ljubljana — sogar den Zeitpunkt herbeigesehnt, wo die preussischen Pickelhauben auf dem Karawankenkamme austauschen würden. In ähnlicher Weise darf nun auch gefolgert werden, daß die Lage der Deutschen in Slowenien, sobald einmal die Beurteilung der Behandlung der slowenischen Minderheit in Kärnten von Ljubljana weg nach Beograd verlegt sein wird, nicht mehr in dem Maße von den in der Nähe empfindlicheren Reizungen der Grenzbarschaft abhängig gemacht werden dürfte.

Es ist wohl nicht nötig, sich heute schon Zukunftshoffnungen in dieser Beziehung vorzugaukeln, weil die Beruhigung auf beiden Seiten nur gradweise vor sich gehen kann und das Bewußtsein der im Flusse befindlichen Veränderung im Empfinden des einzelnen Menschen nicht jene Eindrücke zurücklassen kann, wie dies naturgemäß bei einem plötzlich

eintretenden Wandel der Fall sein müßte. Was heute nicht einmal als Wunsch ausgesprochen werden darf, kann in absehbarer Zeit zur greifbaren Wirklichkeit werden.

Uns Deutschen in Slowenien wird hiebei der Umstand zuflatten kommen, daß infolge der Einführung des straffen Zentralismus im Staate nicht nur die Entscheidung über unser völkisches Schicksal in kühler wägende Hände gelegt wird, sondern daß auch, sobald wir uns in die Organisationen unserer schwäbischen Brüder in der Woivodina vollständig eingefügt haben, das alldeutsche Spukgespenst an der nördlichen Reichsgrenze im Nebel aufdämmernder Erkenntnis zerfließen wird. Wir werden mit unseren Volksgenossen im Süden des Staates nicht nur die staatsbürgerlichen Pflichten teilen, sondern auch an den uns durch die Verfassung und den internationalen Minderheitenschutz gewährleisteten Rechten teilhaben müssen. Eines der wichtigsten Rechte ist wohl die Möglichkeit, den Beschwerdeweg zu beschreiten, der für uns infolge der verfassungsmäßig gesicherten Trennung der Rechtsprechung von der Verwaltung aussichtsvoller sein wird als bisher, wo diese beiden Staatsgewalten zuweilen an einer Stelle, ja sogar in einer Person vereinigt waren. Die Erstreckung der Tätigkeit des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes auf die nördlichen Reichsgebiete wird das erste sichtbare Zeichen sein, daß auch wir Deutsche in Slowenien die Bürgerschaft haben, uns in unserer nationalen Eigenart und Kultur zu bewegen und zu entfalten, ohne hiebei von oben oder von unten behindert zu werden.

Ist einmal der Bestand des Deutschtums im südslawischen Königreiche ausreichend gesichert, so wird es im Dienste des neuen Vaterlandes als ehrlicher Makler Beziehungen mit den Volksgenossen außerhalb des Staates anknüpfen können, die beiden Teilen zum Nutzen ausschlagen können. Außenpolitische Vorgänge mögen diese Entwicklung störend beeinflussen, jedenfalls ist nach unserer Ueberzeugung in absehbarer Zukunft ein Zusammengehen des deutschen Volkes mit dem russischen, und in natürlicher Folge deswegen auch mit den übrigen slawischen Völkern, eine derart zwingende Notwendigkeit, daß zeitweilige Hemmungen das rollende Rad der Zeitgeschichte nicht zum Stillstand bringen können. Freilich darf bei solch umwälzenden politischen und gefühlsmäßigen Ereignissen der Gesichtskreis nicht auf die Frist von Monaten und Jahren, sondern muß auf einen weiteren Zeitabstand, ja selbst auf Jahrzehnte eingestellt werden.

Kommende Geschlechter werden den Wert und die Geltung der deutschen Sprache und Kultur ganz anders einschätzen als es jetzt wir selber oder unsere slawischen Mitbürger zu tun scheinen: und zwar nicht etwa bloß deswegen, weil der deutsche Name in der Welt aus der Trübsal der Gegenwart immer strahlender hervorgehen wird, sondern auch aus durchwegs praktischen Gründen.

In unseren Tagen gehört es zu den selbstverständlichsten Dingen der Welt, daß die Slowenen, und zwar nicht etwa bloß der Gebildete, sondern auch der einfache Mann, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Einzelne

von Bedeutung, wie z. B. der verbliebene Janes Kret oder der verfehnte Dr. Eusterösi, zählten im Wiener Parlamente infolge ihrer erstaunlichen Beherrschung der deutschen Redekunde zu den hervorragendsten und wirksamsten Rednern und von Franz Prešeren, dem slowenischen Dichterprimas, ist allgemein bekannt, daß er sich, und zwar mit Glück, auch in der deutschen Beredsamkeit versucht hat. Wir Deutsche in Slowenien haben dieser Tatsache etwas Ebenbürtiges nicht an die Seite zu stellen, weil der Zwang zur Erlernung der slowenischen Sprache fehlte, der zwar in der früheren Zeit als zwecklos wäre empfunden worden, dem jetzigen deutschen Geschlechte aber dennoch mancherlei Beschwerlichkeiten erspart hätte.

Das wird künftig anders werden, anders auf der einen und auf der anderen Seite. Die Deutschen werden sich die Staatsprache selbstverständlich aneignen, nicht nur, weil sie dazu verhalten werden, sondern auch, weil sie gelernt haben, die Nützlichkeit der Kenntnis der Sprache des unmittelbaren Nachbarn zu erkennen. Dagegen wird die in der slowenischen Öffentlichkeit immer wieder propagierte Zurücksetzung der deutschen Sprache zugunsten der französischen oder der englischen unsere slowenischen Mitbürger zum Teil der Möglichkeit berauben, mit dem angrenzenden deutschen Sprachgebiete einen regeren Verkehr zu pflegen, sodaß wir Deutsche in vielen Fällen an deren Stelle treten werden. Selbst wenn Deutsch als Lehrgegenstand in den Schulen fortgeführt wird, so wird die schulmäßige Erlernung doch niemals an den im alten Oesterreich bestandenen Anreiz zur langdauernden Übung im Amte, in der Gesellschaft, beim Militär usw. heranreichen. Die tatsächliche Beherrschung der deutschen Sprechweise wird umso seltener und dürftiger sein, als ja jegliche Unterhaltung in dieser Sprache öffentlich getadelt und gebrandmarkt wird.

Ein Blick auf die Landkarte von Mitteleuropa lehrt, daß das geschlossene deutsche Sprachgebiet von fast einem Duzend Völkern umrandet ist, die alle ein politisches und wirtschaftliches Interesse haben werden, die Kenntnis der Verhältnisse in Großdeutschland und der Kultur des deutschen Volkes aus unmittelbarer deutscher Quelle zu schöpfen. Naturgemäß wird die Verwendung der deutschen Sprache bei diesen Völkern auch untereinander in immer größerem Maße zunehmen, je reger sich die heute noch schlaffen zwischenstaatlichen Beziehungen gestalten werden. Mit dem Geltungsbereich der deutschen Sprache wird sich auch ihr Wert und ihre Bedeutung vergrößern und der Bedarf des Alltags wird dem Deutsch-Studium größere Scharen von Lernenden zuführen, als es jemals seinerzeit der mißverständliche staatliche Zwang vermochte.

Für die Übung im deutschen Sprachgebrauch werden den betreffenden Volkangehörigen dreierlei Möglichkeiten offenstehen: ein längerer Aufenthalt im deutschen Sprachgebiete, Bervollkommnung durch Lektüre deutscher Bücher und Zeitschriften und schließlich — der Verkehr mit den eigenen Minderheitsdeutschen in ihrer Muttersprache. Sobald einmal das gegenwärtig lebende Geschlecht ausgestorben sein werden wird, wird sich das in Zagreb beobachtete Vor-

Kommis, daß beim Eintreffen deutscher Bücher sich die Leute scharenweise bei der Buchhandlung anstellen, auch anderwärts wiederholen können. Und der Nutzen deutscher Bildungsanstalten im eigenen Lande wird umso mehr gewertet werden, je weiter die deutsche Sprachgrenze entrückt ist und je volksreicher der Born der deutschen Wesenheit aus dem Boden quillt, auf dem die inländische deutsche Schule errichtet wurde.

Unsere vornehmste Aufgabe wird es darum sein, unsere deutsche Muttersprache unseren Kleinen in guter reiner Prägung als kostbarstes Erbe zu hinterlassen. Dazu sind wir als Deutsche vor unserem Gewissen verpflichtet. Gleichzeitig übergeben wir unseren Kindern ein Gut, das ihnen unter Umständen reichlichere Früchte tragen kann als ein Haufen Geldes. Die Kenntnis der Staatssprache werden wir im Verkehr mit den Behörden und Ämtern zeitlich pflegen und betreiben, sodas ein Vergessen ausgeschlossen erscheint. Den Gebrauch unserer Muttersprache aber wollen wir im Hause, in der Gesellschaft, im Vereinsleben zu Ehren bringen und in den deutschen Schulen auf einen gewissen Grad der Vollkommenheit steigern, damit wir allen Ansprüchen gewachsen seien, die der Zwang der Verhältnisse und die Wohlfahrt unseres Volkstums an uns stellen werden.

Der Konsolidierung der drei jugoslawischen Sprachstämme können wir Deutsche in diesem Lande eine andere Dreieckigkeit an die Seite stellen: Die Konsolidierung unseres Volkens, Wissens und Wirkens.

Politische Rundschau.

Inland.

Bemühungen zur Bildung eines oppositionellen Blocks.

Der gewesene Ministerpräsident Stojan Protic beabsichtigt, eine Reise nach Kroatien und Slowenien zu unternehmen, wo er mehrere politische Versammlungen abhalten will. Wie in Beograder politischen Kreisen verlautet, hängt diese Reise mit den Bemühungen zur Schaffung eines starken oppositionellen Blocks zusammen, der alle regierungsgegnereischen Parteien Kroatiens und Sloweniens umfassen und nach dem Sturze des Kabinetts Pasic die Gesetzgebung einer autonomen Verfassung im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen gewährleisten soll.

Forderung auf Beschränkung der kirchlichen und staatlichen Feiertage.

Eine Reihe von kroatischen Erwerbsorganisationen hat bei einer in Zagreb abgehaltenen Tagung durch ihre Vertreter in einer Entschliessung Stellung gegen die in unserem Staate übermäßig entwickelte Feiertagsruhe genommen, welche die notwendige Steigerung der Produktion verhindert und den Bemühungen zur Bekämpfung der Teuerung auf diese Weise entgegenwirkt. Vor allem wurde gefordert, daß die Freiheit der Erwerbstätigkeit an jenen römisch-katholischen Feiertagen gesichert werde, denen der Hlg. Stuhl in seinem Rundschreiben vom 2. Juli 1911 entsagt hat, und daß im selben Maße auch die Anzahl der serbisch-orthodoxen Feiertage eingeschränkt werde, welche mittels des deklaratorischen Reskripts vom Jahre 1779 angeordnet wurden. Die Freiheit der gewerblichen Geschäftstätigkeit soll auch auf die staatlichen Feiertage ausgedehnt werden, deren äußerliche Feier auf die dienstlichen Kreise beschränkt werden möge, sowie es unter dem früheren Regime der Fall war.

Ausland.

Die Verhandlungen vor dem Leipziger Reichsgericht.

Vor dem Leipziger Reichsgericht finden gegenwärtig die Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten statt, das heißt gegen jene deutschen Militär- und Zivilpersonen, die von der Entente Kultur- und völkerrechtswidrigen Handlungen während des Krieges geziehen werden. Die Geschichte wird einst darüber urteilen, wie sehr das Kulturgewissen Europas von der Entente und vor allem von Frankreich in unseren Tagen vergewaltigt wurde, wo verkrüppelte deutsche Kriegsbeschuldigte vor das Gericht gezerrt

werden, während der französische General, der seinen Säuberern (den sogenannten Nettoyeurs) den Befehl erteilt hatte, in den Unterständen der Schützengräben niemals einen lebenden Feind zurückzulassen, heute mit dem Marschallkragen stolz über den Pariser Boulevard herumstolzieren darf. Das Parisiäertum der Ententisten erreicht aber wohl den Höhepunkt, da nun auch die deutsche Rechtsprechung gezwungen werden soll, dem Willen der Feinde gegen die eigene Rechtsüberzeugung gefügig zu sein und die beschuldigten deutschen Staatsbürger, obwohl sie freigesprochen werden müssen, zu schweren Freiheitsstrafen zu verurteilen. Die französische Abordnung in Leipzig hat die Stadt als Protest gegen die erfolglosen Freisprüche verlassen und die chauvinistische Presse in Frankreich und Belgien stellt die Forderung auf, daß die deutschen Angeklagten mit den Zeugen vor einen gemeinsamen alliierten Gerichtshof gezogen und dort abgeurteilt werden müssen.

Aus Stadt und Land.

Peterstagfeier. Der Geburtstag Sr. Majestät des Königs Peter I. wurde am 12. Juli in der Pfarrkirche Sankt Daniel um 8 Uhr vormittags mit einem feierlichen Gottesdienste begangen. Die evangelische Gemeinde vereinigte sich um 10 Uhr in der Christuskirche zur Peterstagfeier, bei welcher der Männergesangsverein einen Chor wirksam zum Vortrag brachte. Nach der Messe in der Pfarrkirche wurden bei der Bezirkshauptmannschaft bis 11 Uhr vormittags die Ergebungskundgebungen abgegeben. Die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser waren in den Staats- und Landesfarben besetzt.

Meldung der Geburtsjahrgänge 1902 und 1903. Der Stadtmagistrat Celje teilt mit, daß sich alle in den Jahren 1902 und 1903 geborenen Jünglinge, die im Bereiche der Stadtgemeinde Celje wohnen, während der Amtsstunden, d. i. von 9 Uhr vormittags bis 11 Uhr mittags beim Stadtmagistrat Zimmer Nr. 5 zu melden haben, u. zw. der Jahrgang 1902 am 11. und 13. Juli l. J. und der Jahrgang 1903 am 14. und 16. Juli l. J. Mitzubringen ist zur Einsichtnahme der Tauf- und Heimatschein. Wer sich überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig meldet, wird nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtung des Heeres bestraft.

Anbote für Feuerkauf. Der Stadtmagistrat Celje gibt folgende Verlautbarung kund: Produzenten und Lieferanten werden aufgefordert, schriftliche oder mündliche Feuerkaufsanbote für die Garnisonen des Draubivisionskommandos zu stellen. Es wird nur Heu von Sähgras neuer Mahd genommen, das vollkommen trocken, genießbar und gesund ist. Das Heu muß in Ballen gepreßt sein, die höchstens 50 bis 60 kg schwer sein dürfen. Benötigt werden für Ljubljana 1.100.000 kg Heu, für Maribor 980.000 kg Heu, für Celje 30.000 kg Heu, für Sl. Bistrica 30.000 kg Heu und für Ptuj 50.000 kg Heu. Der Verkauf hat vertragsmäßig spätestens bis Ende Oktober 1921 stattzufinden. Kommissionelle Uebernahme in den Intendantenmagazinen bzw. Militärheuschuppen. Die Magazine liegen am Eisenbahngelände. Die Uebernahme der Anbote und der Abschluß des Vertrages erfolgen vormittags u. zw. am 15. Juli bei der Divisionsintendantur Ljubljana, desgleichen am 15. Juli beim Stadtkommando Ptuj, am 18. Juli beim Stadtkommando Maribor, am 19. Juli beim Militärbezirkskommando Celje und am 20. Juli beim Stadtkommando Slovenska Bistrica. Anbote werden von kleineren Produzenten und bäuerlichen Genossenschaften von 5000 kg aufwärts, von allen anderen Interessenten von 10.000 kg aufwärts angenommen. Wenn sich mehrere Interessenten melden, wird eine Versteigerung vorgenommen. Die Kaution beträgt 10% vom Werte des angebotenen Heues. Die Anbote sind mit 2 Dinar (8 K) zu stampeln. In die Bedingungen kann bei den angegebenen militärischen Kommanden Einsicht genommen werden.

Die Hausbesitzer aus Celje und Umgebung werden mit Rücksicht auf die neue Wohnungsverordnung zu einer wichtigen Besprechung eingeladen, welche Samstag, den 16. Juli, um 8 Uhr abends im Hotel Post (Neubauschweg) stattfinden wird. Hierbei wird Herr Freilich aus Ljubljana einen ausführlichen Bericht erstatten.

In der Ausschusshaltung der Gemeinde Umgebung Celje vom 10. Juli, welche das älteste Ausschusmitglied Herr Ferdinand Goligranc (Klerikale Partei) eröffnete, wurde die Wahl des Bürgermeisters und der Gemeinderäte vorgenommen. Im ersten und zweiten Wahlgange stimmte jede Partei für ihre eigenen Kandidaten, so daß eine

engere Wahl durchgeführt werden mußte. In dieser standen sich die Listen der sozialdemokratischen und klerikalen Partei gegenüber. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses erschienen alle Kandidaten der sozialdemokratischen Partei gewählt und zwar zum Bürgermeister Valentin Hrafnik, Arbeiter der Firma Westen, zu Gemeinderäten Karl Kapornik (gleichzeitig Bürgermeisterstellvertreter), Johann Martinic, Matthias Lokosel, Anton Laurinc, Franz Jelen und Rudolf Sebular. Die demokratische und nationalsoziale Partei anerkennen zwar die Wahl des Bürgermeisters als rechtmäßig, gegen die Wahl der Gemeinderäte aber haben sie, wie das andere hiesige Blatt zu melden weiß, den Rekurs eingebracht.

Das neue Papiergeld zu 25 Para (1 K) ist am Freitag, den 1. Juli, in Umlauf gesetzt worden.

Sport.

Fußballwettspiel um die Meisterschaft von Slowenien. Sonntag, den 17. Juli, wird am neu hergerichteten Athletikerplatz das erste Fußballwettspiel in dieser Saison ausgetragen. Zugleich ist dieses Wettspiel auch das Entscheidungsspiel um die Meisterschaft von Slowenien. Der bisherige Meister und noch von keinem Fußballverein Sloweniens geschlagene Sportklub Ilirija wird unseren Athletikern gegenüber stehen. Besteht wohl für die Athletiker keinerlei Aussicht auf irgend einen Erfolg, da sie von Ilirija in zwei Spielen mit 6 : 0 und 7 : 0 abgefertigt wurden, so wird es gewiß für sie ein Ansporn sein, diesem Gegner auf heimischem Boden gegenüber zu stehen. Das sportliebende Publikum wird gewiß einen anregenden und spannenden Kampf zu sehen bekommen.

Verordnung

über Wohnungen und Mieten von Baulichkeiten im allgemeinen auf dem Gebiete des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, mit Ausnahme des früheren Gebietes des Königreiches Serbien und Montenegro.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Alle Mieten von Baulichkeiten und anderen in Miete gegebenen Räume wie auch Astermieten, die mit dieser Verordnung zugelassen werden (Artikel 2, Alinea 2) und mit dem Tage dieser Verlautbarung schon gelten, bleiben noch weiter in Kraft; alle über diese Mieten und Astermieten geschlossenen Verträge verlieren ihre Verbindlichkeit, soweit sie Bestimmungen enthalten, welche dieser Verordnung widersprechen.

Artikel 2.

Astermieten sind verboten. Astermieten, welche am Tage der Verlautbarung dieser Verordnung schon gelten, bleiben derart in Kraft, daß an Stelle des Mieters der Eigentümer des Baues tritt; das Verhältnis zwischen dem früheren Astermieter und dem Eigentümer muß aber auf Grund dieser Verordnung geregelt werden.

Von obigen zwei Grundsätzen sind die Astermieten von Wohnungssteilen ausgenommen, in welchen der Mieter persönlich wohnt, wenn er sie unvermeidlich in Astermiete geben muß, um sich und seine Familie zu erhalten.

II. Mietzinse.

Artikel 3.

Wenn die Mietzinse bei allen Mieten bestimmt werden, muß immer der Grundmietzins festgestellt werden; dies ist aber jener, der am 1. Juli 1914 gezahlt wurde.

Wenn das in Miete gegebene Objekt am 1. Juli 1914 nicht vermietet war oder wenn die Höhe des Mietzinses verlässlich nicht festgestellt werden kann, welcher an diesem Tage bezahlt wurde, wird jener Mietzins zur Grundlage genommen, welcher in dieser Zeit für ähnliche Objekte in ähnlicher Lage bezahlt wurde.

Artikel 4.

Der Grundmietzins (Artikel 3), vermehrt um die Zahl 4, gibt die normale Stufe bei einer Wohnungsmiete nach dieser Verordnung.

Artikel 5.

Bei wirtschaftlich schwächeren Mietern, zu welchen auch jene gehören, welche überwiegend von ständigem Gehalte oder Pensionen leben, darf der Grundmietzins höchstens um das Dreifache erhöht werden.

Soweit Umlagen auf Mietzins an Selbstverwaltungskörper, Gemeinden und Gespanschaften bezahlt werden, trägt diese Umlagen der Mieter.

Artikel 6.

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 4 darf der Grundmietzins höchstens um das Sechsfache bei Wohnungen erhöht werden, in denen Mieter mit einem jährlichen Einkommen von 60.000 bis 100.000 K wohnen.

Artikel 7.

Wenn es sich um Mieter handelt, deren jährliches Einkommen über 100.000 K beträgt, so ist es dem Eigentümer freigestellt, sich hinsichtlich der Höhe des Mietzinses ohne Rücksicht auf den bisher geltenden Vertrag mit der Beschränkung des Artikels 24 dieser Verordnung auseinanderzusetzen.

Artikel 8.

Den Landesregierungen bzw. den Wohnungsbehörden bleibt es überlassen, im Geiste dieser Verordnung die Preise für möblierte und unmöblierte Zimmer in Hotels, Pensionen, Wätern usw. zu regeln.

Artikel 9.

Bei anderen Mieten, deren Gegenstand nicht in die Kategorie der Wohnungsmieten fällt, ist es dem Eigentümer überlassen, sich hinsichtlich des Mietzinses zu einigen.

Kommt eine solche über die Höhe des Mietzinses nicht zustande, so bestimmt diesen in den Grenzen dieser Verordnung die zuständige Wohnungsbehörde (Artikel 28).

In solchen Fällen ist auf die wirtschaftliche Lage und die Lebensart des Mieters und Eigentümers des Baues Bedacht zu nehmen, weiters auf die Entwicklung des Gewerbes und Unternehmens, ob den Betrieb schwächer situierte Personen führen, weiters auf die örtlichen Verhältnisse, die Beschaffenheit des Baues, das Interesse der Bewohner der bezüglichen Gemeinde, welche im Verhältnisse zu Fremden hinlänglich geschützt werden müssen. Weiters muß die Behörde bei der Regelung des Mietzinses beachten, ob und wie weit das Vermögen des Mieters während des Krieges oder nach dem Kriege geschädigt und ihm die Möglichkeit genommen wurde, das Vermögen zur Gänze zu genießen, oder ob er deshalb irgend einen Schaden gehabt hat.

Wenn der Eigentümer des Unternehmens, der zugleich auch Eigentümer des Baues ist, in welchem sich das Unternehmen befindet, dieses verkauft hat, bevor diese Verordnung in Kraft tritt, unter der Bedingung, daß der Käufer im Gebäude, in dem sich das Unternehmen befindet, als Mieter um einen bestimmten Mietzins bleibt, darf dieser gemäß diesem Artikel nicht erhöht werden, sondern bleibt nach dem ursprünglichen Vertrage in Geltung.

Artikel 10.

Bei Wohnungen und anderen Mietobjekten, die für humanitäre und kulturelle Anstalten vermietet wurden, darf der Grundmietzins vom 1. Juli 1914 höchstens um das Vierfache erhöht werden.

Artikel 11.

Den Wassergins, Gebühren für die Kanalisierung, Senkgrubenentleerung, Reinigung der Rauchfänge und Stiegenbeleuchtung, die mit dem Genuß des Mietobjektes verbunden sind, tragen die Mieter und, wenn der Eigentümer im gleichen Hause wohnt, so auch er einen verhältnismäßigen Anteil.

III. Befreiungen von der Beschränkung.

Artikel 12.

Von allen in dieser Verordnung erwähnten Beschränkungen sind befreit:

1. Alle neuen Bauten, die erst errichtet werden und jene, deren Bau seit dem 1. November 1918 begonnen wurde wie auch alle neu gehobenen Stockwerke und neu dazugebaute Teile zu bereits stehenden Gebäuden;
2. alle Bauten und ihre Teile, welche bisher von ähnlichen Beschränkungen befreit waren;
3. Wohnungs- und Geschäftsräume in alten Gebäuden, welche gründlich renoviert wurden, jedoch früher nicht zu Wohnungen ausgenutzt werden konnten, so daß derart neue Wohnräume geschaffen wurden.

Welche Baulichkeiten als gründlich renoviert anzusehen sind, entscheidet die zuständige Wohnungsbehörde nach Prüfung jedes einzelnen Falles.

Artikel 13.

Hinsichtlich der Befreiung von Steuern und Zuschlägen auf Neubauten gelten die Bestimmungen der Verordnung vom 19. Juli 1920 (Amtsblatt unter Zahl 291 ex 1920). Alinea 1 des Artikels 1 der gleichen Verordnung gilt auch für Punkt 5 hinsichtlich der Frist zur Errichtung neuer Teile.

IV. Erlöschen der Miete.

Artikel 14.

Der Vermieter und sein Rechtsnachfolger können den Mietvertrag aufheben bzw. die Miete kündigen nur:

1. Wenn die Wohnung dem Vermieter unbedingt als eigene Wohnung nötig ist, falls er dem Mieter eine Wohnung zur Verfügung stellt, die den Lebensverhältnissen des Mieters entspricht, und die Vertragsfrist abgelaufen ist.

In diesem Falle hat der Mieter, dem gekündigt wird, das Vorzugsrecht auf die Wohnung, in welcher der Eigentümer bisher gewohnt hat. Wenn dies im Sinne dieser Verordnung nicht durchgeführt werden kann, darf der Mieter insoweit nicht ausgesiedelt werden, bis ihm die Wohnungsbehörde eine andere Wohnung zugewiesen hat.

Dieses Kündigungsrecht dürfen sich weder Eigentümer zu nütze machen, in deren Hände das Gebäude seit dem 1. Jänner 1916 gelangt ist, noch auch ihre Rechtsnachfolger.

2. Wenn der Mieter mit der Zahlung des Mietzinses über die übliche oder vereinbarte Frist im Rückstande ist und auch in 30 Tagen nicht bezahlt.

3. Wenn bewiesen wird, daß der Mieter absichtlich oder aus großer Nachlässigkeit wiederholt einzelne Teile der Wohnung beschädigt.

4. Wenn sich der Mieter mit seinem Benehmen wiederholt und schwer gegen die Hausordnung verhält, wenn sein Benehmen beleidigend oder ärgerniserregend, sei es gegen den Eigentümer-(Vermieter) und seine Familie, sei es gegen andere Hausbewohner, ist, ausgenommen falls zu einem solchen Verhalten der Eigentümer selbst oder die Mitglieder seiner Familie Veranlassung gegeben hätten.

5. Wenn die in Miete gegebenen Räume geräumt oder zum Zwecke eines Neubaus niedrigeren oder wenn zwecks Umbaus solche Arbeiten ausgeführt werden müssen, die ohne Schaden für das Haus nicht aufgehoben werden können. Für eine Aufkündigung nach diesem Punkte ist auch die besondere Bewilligung der Wohnungsbehörde erforderlich, welche unter einem auch die Frist für die Ausführung dieser Arbeit bestimmt und bei dieser Gelegenheit die Folgen bekannt gibt, falls die Arbeit nicht geschehen sollte.

6. Wenn in der Wohnung jemand sich befindet, der nicht oder nicht mehr Angestellter eines Unternehmens ist und die Wohnungsbehörde früher ihre Meinung abgibt, daß dem Unternehmer als Eigentümer die Wohnung unbedingt für den neuen Angestellten notwendig ist.

7. Fremde, deren ständiger Aufenthalt auf dem Gebiete des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen bzw. auf dem Gebiete der einzelnen Landesregierungen und der Woivodina nicht notwendig oder nicht im Interesse der bezüglichen Gemeinde ist.

In den Fällen unter Punkt 6 und 7 ist für die Aufkündigung vorher die Ermächtigung der Wohnungsbehörde erforderlich.

Artikel 15.

Geschäftsräume dürfen aus allen Gründen des Artikels 14 unter Punkt 2 bis 5 aufgekündigt werden, außerdem aber auch, wenn der Eigentümer und seine Kinder einen solchen Raum zur Ausübung eines Gewerbes oder zur Führung eines Handelsgeschäftes unbedingt benötigen; jedoch muß in dem letzteren Falle bewiesen werden, daß sie sich mit dem Handel schon vor dem 1. Juli 1914 befaßt haben. Auch für diesen Fall der Aufkündigung gilt die Bestimmung des Artikels 14, Punkt 1, Alinea 3.

Der Eigentümer bzw. sein Rechtsnachfolger darf auch die Miete einer Wohnung und von Geschäftsräumen aufkündigen, wenn sich der Mieter ohne Einwilligung der Wohnungsbehörde oder ohne ausdrückliche Zustimmung des Eigentümers eingedrängt hat.

Artikel 16.

Hinsichtlich der Astermieter (Artikel 2 Alinea 3) darf außer der Bestimmung des Artikels 14 dieser Verordnung den Astermieter auch aufgekündigt werden, wenn dem Mieter die Wohnräume unbedingt erforderlich sind. Für die Aufkündigung nach diesem Artikel ist die vorherige Zustimmung der Wohnungsbehörde erforderlich, welche diese nur ausnahmsweise und nur bei tatsächlicher Notwendigkeit erteilt.

Artikel 17.

Dem Astar als Eigentümer steht die Aufkündigung anker in den Fällen der Artikel 14, 15 und 16 auch dann zu, wenn die in Miete gegebenen

Objekte zur Unterbringung von Aemtern und öffentlichen Institutionen benötigt werden.

Artikel 18.

Die Aufkündigung geschieht durch Vermittlung des Gerichtes. Die Bestimmungen für das gerichtliche Verfahren hiebei geben für die einzelnen Teile des Königreiches die Landesbehörden, für die Woivodina aber der Justizminister.

V. Verfügung mit den Wohnungen.

Artikel 19.

Das Recht der Verfügung mit den Wohnungen und anderen Räumen nach dieser Verordnung übt die zuständige Wohnungsbehörde aus.

Genauere Bestimmungen hierüber erlassen die Landesbehörden für die einzelnen Teile des Königreiches; für die Woivodina das Ministerium für Sozialpolitik.

Artikel 20.

Die Wohnungsbehörden teilen Wohnungen und Wohnungsteile zu (Artikel 19):

- a) Personen, die aus Staatsinteressen in den bezüglichen Orte wohnen müssen; zu diesen Personen gehören auch die öffentlichen Notare;
- b) erst nach Zuweisung an solche Personen erfolgt eine solche auch an jene, welche auch im öffentlichen Interesse wohnen müssen, weiters an jene, die nach Artikel 14 Punkt 1, 5 und 6 ohne Wohnung bleiben, und schließlich an jene, die in dem bezüglichen Orte wohnen müssen, jedoch nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage auch auf den sozialen Schutz angewiesen sind.

Artikel 21.

Zugewiesen werden dürfen:

1. leere Räume, die für Wohnungen geeignet sind;
2. Wohnungen, die sich der gegenwärtige Besitzer (Eigentümer oder Mieter) vorbehält, jedoch nicht als Wohnung benötigt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er sie deshalb nicht gebraucht, weil er gegenwärtig ständig in einem anderen Orte wohnt oder aus was immer für einem anderen Grunde;
3. wenn jemand zwei oder mehrere Wohnungen hat, jene Wohnung, die er nicht bringend benötigt;
4. eine Wohnung, welche für andere als für Wohnungszwecke verwendet wird oder ein Teil der Wohnung, wer immer in der Wohnung wohnen mag, wenn sie den darin befindlichen Personen oder ihren Familien nicht bringend notwendig ist;
5. ein Verkaufsgewölbe, Geschäftslokal, ein Magazin und ähnliches und ein Teil eines solchen Raumes, wenn der bezügliche Raum zu solchem Zwecke seit 1. Juli 1914 oder von einem späteren Zeitpunkte an benützt wird, jedoch früher ständig als Wohnung gedient hat;
6. eine Wohnung oder ein Wohnungsteil, welche tatsächlich jener zu benutzen aufgehört hat, der sie bis jetzt benützt hat (Eigentümer, Vermieter, Mieter usw.) und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dies wegen Beendigung des Mietverhältnisses oder aus einem anderen Grunde geschieht;
7. die Wohnung jener Personen, die seit dem 1. Juli 1914 in den bezüglichen Ort ohne nachgewiesene Notwendigkeit übersiedelt sind und nach dieser Verordnung kein Recht haben, in dem bezüglichen Orte zu wohnen.

Artikel 22.

Unter den im Artikel 21 genannten Bedingungen dürfen Wohnungen in türkischen Häusern wie auch Klöstern nur zugewiesen werden, wenn es möglich ist, die zugewiesene Wohnung von allen übrigen Teilen des Gebäudes mit einer Uebermauer abzugrenzen und wenn für diese Wohnung ein besonderer Eingang geschaffen wird.

Artikel 23.

Ausnahmsweise und in den Grenzen der tatsächlichen Notwendigkeit darf die zuständige Wohnungsbehörde Räume von Privatpersonen und Vereinen für staatliche Aemter und für öffentliche, humanitäre und kulturelle Institutionen zuweisen.

Artikel 24.

Geld- und Versicherungsanstalten, weiters Handels-, Industrie- und ähnlichen Unternehmungen, welche den Charakter eines Großhandels-, Großindustriebetriebes haben, nimmt die Wohnungsbehörde die Geschäftsräume zur Zuweisung nach dieser Verordnung weg, wenn sie in der Frist, welche ihnen die Wohnungsbehörde bestimmt und die nicht länger als ein Jahr sein darf, nicht Wohnhäuser für ihre Angestellten und für die Unterbringung ihrer Geschäftsräume bauen. Hieron sind jene Anstalten, Vereine und Unternehmungen ausgenommen, welche für ihre Geschäftszwecke und zur Unter-

bringung ihrer Angestellten schon Gebäude gebaut haben und jene, deren Bestand durch den Bau neuer Gebäude gefährdet wäre.

Artikel 25.

In industriellen Unternehmungen dürfen Wohnungen in Baulichkeiten, die dem Unternehmen angehören und als Wohnungen für dessen Angestellte bestimmt sind, nicht anderen Personen zugewiesen werden.

Artikel 26.

In jenen Teilen des Königreiches, in welchen Militärbaracken zur Unterbringung der Bevölkerung benützt werden, jedoch auf fremdem Boden stehen, bleibt es den zuständigen Behörden überlassen, in dieser Frage die erforderlichen Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Wohnungen in diesen Baracken zu erlassen.

Artikel 27.

In Kroatien, Slavonien, Medjumurje und auf der Insel Krk wird auch die Zuweisung solcher Räume gestattet, welche nicht in die Kategorie der Wohnungen fallen. Genauere Bestimmungen hierüber erläßt die Landesregierung.

VI. Wohnungsbehörde; ihre Einrichtung und Verfahren.

Artikel 28.

Die Wohnungsbehörden sind zur Erledigung aller Geschäfte im Sinne dieser Verordnung zuständig, mit Ausnahme jener, die im Artikel 18 den ordentlichen Gerichten vorbehalten sind.

Artikel 29.

Die Landesbehörden (Kommissariat für soziale Fürsorge) bestimmen die Einrichtung und das Verfahren der Wohnungsbehörde. Für die Wojwodina bestimmt dies das Ministerium für Sozialpolitik einverständlich mit dem Justizministerium.

VII. Strafen.

Artikel 30.

Übertretungen der Bestimmungen dieser Verordnung und der auf Grund derselben herausgege-

benen Vollzugsanweisung strafen die zuständigen Verwaltungs- (politischen oder Polizei-) Behörden nach den geltenden Vorschriften mit Geldstrafen bis zu 50.000 K; im Falle der Uneinbringlichkeit muß diese Strafe in einen entsprechenden Arrest bis zu 6 Monaten umgewandelt werden.

Mit der gleichen Strafe werden auch jene belegt, die irgend etwas unternehmen, um die Anwendung dieser Verordnung unmöglich zu machen oder sich ihr zu entziehen.

Die Geldstrafen fließen in den Fond für den Bau kleiner Wohnungen, dessen genauere Zusammenstellung die Landesregierungen mit Genehmigung des Ministeriums für Sozialpolitik bestimmen, für die Wojwodina aber der Minister für Sozialpolitik.

VIII. Gebühren.

Artikel 31.

Die zuständige Wohnungsbehörde ist berechtigt, eine Gebühr in barem zur Deckung ihrer Verwaltungskosten bis zur Höhe von 20% des einmonatlichen Mietzinses von jenen Personen einzuhoben, die sich an diese Behörde um Intervention wenden. Genauere Bestimmungen über die Art dieser Gebühren und der Verwendung werden durch ein Statut erlassen.

IX. Schlussbestimmungen.

Artikel 32.

Der Mietzins darf weder in gemünztem Golde, Silber noch fremdem Gelde bezahlt werden.

Artikel 33.

Die Landesregierungen erlassen auf Grund dieser Verordnung für jedes Gebiet eine Anweisung mit genaueren Bestimmungen zur Durchführung dieser Verordnung. Diese Anweisung muß binnen 15 Tagen nach Verlautbarung dieser Verordnung erlassen werden.

Artikel 34.

Die Verordnung über die Zustellung und Uebersiedlung von Staatsbürgern in Städte und andere Gemeinden erlassen für die einzelnen Teile des Königreiches die bezüglichen Landesregierungen, für die Wojwodina aber das Ministerium für Sozialpolitik

im Einverständnis mit dem Justizministerium; solange diese Verordnung nicht erlassen ist, bleiben die Vorschriften in Geltung, welche in dieser Hinsicht in den einzelnen Teilen des Königreiches erlassen wurden.

Artikel 35.

Die oberste Aufsicht über die Wohnungsbehörden obliegt dem Minister für Sozialpolitik.

Artikel 36.

Ausgenommen die Aufkündigungen werden Fälle, in denen die Erledigung der ersten Instanz schon ergangen ist, nach den bisherigen Vorschriften erledigt, soweit diese Verordnung darauf Bezug hat.

Die mit dieser Verordnung festgesetzten Mietzinsse werden von jedem ersten im einzelnen Falle geltenden Zahlungstermine an bezahlt, der nach Inkrafttreten dieser Verordnung an die Reihe kommt.

Artikel 37.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage, an welchem sie der König unterfertigt, in Kraft; verbindliche Kraft erlangt sie mit dem Tage ihrer Verlautbarung in den Sluzbene Novine des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen (23. Juni 1921). Mit diesem Tage verlieren alle früheren Vorschriften, die sich mit dem Gegenstande dieser Verordnung befassen, ihre Kraft.

Artikel 38.

In Uebereinstimmung mit der Wohnungsverordnung für Serbien und Montenegro vom 8. April 1921 gilt auch diese Verordnung bis 30. April 1922.

Der Minister für Sozialpolitik wird ermächtigt, auch nach diesem Zeitpunkte nach Bedürfnis des Schutzes der Mieter und Hauseigentümer die Dauer der einen wie auch der anderen Verordnung mit den bezüglichen Abänderungen und Ergänzungen zu verlängern.

Beograd, den 21. Mai 1921.

Alexander e. h. Der Minister für Sozialpolitik:
Dr. B. Rukovc e. h.

Es wird gesucht ein hübsches junges (ca. 15—16 jähriges) fleissiges Mädchen, welches die deutsche Sprache perfekt spricht, als

Stubmädchen

nach Baya (Bačka). Dasselbe braucht kein perfektes Stubenmädchen zu sein (wird durch die Hausfrau belehrt), muss aber eine bessere Erziehung haben. Eigenhändig geschriebene Offerte sind zu senden an Dr. Peter Kisch, öffentl. Notär, derzeit Rogaska Slatina, Strossmaier D. II. 57.

Manufakturist und Spezerist

für ein Landgeschäft, der slowenischen und deutschen Sprache mächtig, wird sofort aufgenommen. Dortselbst wird auch ein **Lehrjunge** aufgenommen. Auskunft erteilt die Verwaltung des Blattes. 27170

Lehrling

aus besserem Hause, mit guter Schulbildung, der slowenischen u. deutschen Sprache vollkommen mächtig, wird aufgenommen bei Brüder Slawitsch, Ptuj.

Grosses Holzindustrie-Unternehmen in Bosnien sucht:

3 bis 5 in allen Waldarbeiten bewanderte Partieführer mit 200 bis 300 guten, geschulten Waldarbeitern für Zappinenarbeiten.

Offerte nebst Zeugnissabschriften und Gehaltsansprüchen sind an die Verwaltung dieses Blattes unter „Partieführer 27184“ zu senden. Ledige Bewerber haben den Vorzug.

Grössere Posten

Buchennormal-schwellen und Telegraphenstangen

zu kaufen gesucht. Angebote unter „Triest 27183“ an die Verwaltung des Blattes.

Wegen Uebersiedlung sind Möbel und Kunstmajoliken

zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 27167

Prima Fliegenleim

und Düten (Hüte) sowie allerfeinstes Ultramarin
● Waschblau ●

nur en gros zu haben beim alleinigen Erzeuger

F. Turin in Celje.

An die Hausherrn von Celje und Umgebung.

Einladung zu der am Samstag den 16. Juli, 8 Uhr abends, im Hotel Post (Rebeuschegg) stattfindenden Besprechung wichtiger Angelegenheiten betreffs der neuen Wohnungsverordnung. Referrent Herr Frelih aus Ljubljana. Bei dieser Versammlung, welche von grösster Wichtigkeit ist, soll kein Hausherr fehlen.

Ing. Franz Stanek

behördl. autorisierter Zivilgeometer

wohnt

Celje, Aškerčeva ul. Nr. 13 I. St.

Prima Cirok-Salonbesen und Reibbürsten

offeriert zu den billigsten Tagespreisen. Josip Kratz, Besen- und Bürstenfabrik, Indija (Syrmien, SHS). Provisionsreisende werden gesucht.

Diverse Herrenkleider

zu verkaufen. Anfrage Glavni trg 7, 2. Stock.

Schönes Obst

zu kaufen gesucht. Offerte an Flora Gupfleitner, Gärtnerei, Rimske toplice.

Zweistöckiger Hauskomplex in Celje

zu verkaufen. Anfrage unter „Rascher Entschluss 27183“ an die Verwaltung des Blattes.

Komplettes

Schlaf- und Speisezimmer

Kücheneinrichtung, Kinderkleppwagen und Diverses zu verkaufen. Ljubljanska cesta 23, 1. Stock links.